

Protokoll Kreismitgliederversammlung 2.12.2023

Sitzungsleitung: Natalie Becker & Nico Yazdani
Protokoll: Katharina Meixner
Ort: Saalbau Gallus, Frankenallee 111, 60326 FfM

Begrüßung

Die Kreismitgliederversammlung beginnt am 2.12.2023 um 11:10 im Saalbau Gallus, Frankenallee 111, 60326 in Frankfurt am Main.

Die Kreismitgliederversammlung wird begrüßt vom Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Frankfurt Burkhard Schwetje.

1. Begrüßung

Als Sitzungsleitung wird vom Kreisvorstand Natalie Becker und Nico Yazdani vorgeschlagen. Die Mitgliederversammlung stimmt einstimmig für diesen Vorschlag. Natalie Becker und Nico Yazdani übernehmen die Sitzungsleitung und begrüßen ebenfalls die Versammlung.

Es wird Katharina Meixner für die Protokollführung vorgeschlagen. Die Mitgliederversammlung stimmt einstimmig für diesen Vorschlag.

Es werden als Wahlhelfer*innen Sue Ehmisch, Beate Hock, Marion Kneesch, Annette Krause, Petra Thomsen und Moritz Jungeblodt vorgeschlagen. Die Mitgliederversammlung stimmt einstimmig für diesen Vorschlag.

Es wird festgestellt, dass form- und fristgerecht per Mail und per Post 3.11.2023 eingeladen wurde.

Natalie Becker stellt Alex Mitsch und Sue Ehmisch vor, die auf der Mitgliederversammlung als Awareness-Ansprechperson fungieren.

1.1 Beschluss der Tagesordnung

Natalie Becker stellt die Tagesordnung vor. Das Präsidium schlägt vor, dass der Antrag des Kreisvorstandes "Anpassung der Finanzordnung (Regelung der Nachtragshaushaltspflicht" nach dem Top2. Verabschiedung des Haushalts 2024 behandelt wird aufgrund der thematischen Nähe.

Natalie Becker teilt mit, dass am 28.11 ein Dringlichkeitsantrag eingegangen ist von Marcus Bocklet, Nilab Alokuzay-Kiesinger und Robert Schuppan. Die Antragsfrist für reguläre Anträge endete am 25.11.2023 um 11 Uhr. Die Begründung der Dringlichkeit wird eingebracht von Marcus Bocklet. Die Gegenrede zur Dringlichkeit wird von Burkhard Schwetje gehalten. In seiner Gegenrede kündigt Burkhard Schwetje an, dass zur nächsten KMV ein gemeinsamer Vorschlag entwickelt wird.

Die Dringlichkeit wird abgestimmt. Die Dringlichkeit wird mehrheitlich bei wenigen Enthaltungen abgelehnt.

Natalie Becker fragt, ob es noch weitere Anträge zur Tagesordnung gibt. Es wird keiner geäußert. Die Tagesordnung wird mehrheitlich angenommen.

1.2 Beschluss des Protokolls vom 9.9.2023

Natalie Becker stellt das Protokoll vom KMV 9.9.2023 vor. Sie fragt, ob es Änderungen oder Widerspruch zum Protokoll gibt. Es wird keiner geäußert. Das Protokoll wird bei wenigen Enthaltungen beschlossen.

2. Verabschiedung Haushalts 2024

Sebastian Deckwarth stellt den Haushaltsplan 2024 für den Kreisverband Frankfurt vor. Dieser ist im Anhang zu diesem Protokoll. Nico Yazdani fragt, ob es Fragen zu dem Haushaltsentwurf gibt. Es wird keine geäußert. Der Haushalt wird einstimmig bei wenigen Enthaltungen angenommen.

2.1 Anpassung der Finanzordnung (Regelung der Nachtragshaushaltsplan

Der Antrag des Kreisvorstandes "Anpassung der Finanzordnung (Regelung der Nachtragshaushaltspflicht) wird eingebracht von Sebastian Deckwarth. Nico Yazdani fragt, ob es Fragen oder Redebeiträge hierzu gibt. Es wird keine geäußert. Der Antrag "Anpassung der Finanzordnung (Regelung der Nachtragshaushaltspflicht) wird abgestimmt. Dem Antrag wird einstimmig bei wenigen Enthaltungen zugestimmt.

3. Neubesetzung des Dezernats Klima, Umwelt und Frauen

3.1 Bericht und Empfehlung der Findungskommission für die Nominierung durch die Kreismitgliederversammlung

Katharina Meixner hält den Bericht für die Findungskommission. Dieser ist im Anhang zu diesem Protokoll. Natalie Becker fragt nach, ob sich Redebeiträge eingeworfen haben. Es sprechen in der Reihenfolge ihrer Nennung Annette Blome und Burkhard Schwetje.

Rosemarie Heilig als Dezernentin für Klima, Umwelt und Frauen hält einen gesetzten Redebeitrag. Natascha Kauder und Emre Telyakar halten einen gesetzten Redebeitrag für die Fraktion.

3.2 Vorstellung der grünen Kandidatin für das Amt der Dezernentin

Es wird unter Top. 3 eine Person nominiert für das Amt der Dezernentin für Klima, Umwelt und Frauen. Natalie Becker teilt mit, dass die Findungskommission Tina Zapf-Rodriguez vorgeschlagen hat. Natalie Becker fragt, es weitere Personen gibt, die sich für die Nominierung vorstellen wollen. Es meldet sich keine.

Es stellt sich Tina Zapf-Rodriguez vor.

Es wurden Fragen gestellt von Petra Thomsen und Julian Veban. Tina Zapf-Rodriguez beantwortet diese.

3.3 Beschlussfassung über die Empfehlung der Findungskommission

Natalie Becker erläutert, dass über die Beschlussfassung geheim abgestimmt wird. Es kann mit Ja, Nein und Enthaltung gestimmt werden. Es wird abgestimmt. Es wurden 116 Stimmen abgegeben. Davon waren 116 Stimmen gültig. Das Quorum liegt bei 59 Stimmen. Es entfielen auf Ja 87 Stimmen (75%), auf Nein 17 Stimmen (14,66%) bei 12 Enthaltungen (10,34%). Damit wurde der Empfehlung der Findungskommission zugestimmt.

Es wird den Mitgliedern der Findungskommission (Gabriele Trah, Katharina Meixner, Frauke Neumann-Silkow, Ingo Stürmer, Thomas Schlimme und Claus Möbius) gedankt.

4. Städtische Bühnen

Nico Yazdani erläutert, dass eine offene Aussprache geführt über die Städtischen Bühnen in Frankfurt und sich dazu Mitglieder einwerfen können. Diese beginnt mit einer Einführung von Bastian Bergerhoff auf die gesetzte Redebeiträge aus der Fraktion folgen von Tina Zapf-Rodriguez, Thomas Schlimme, Sylvia Momsen, Johannes Lauterwald, und Sylvia Momsen. Es werden folgende Redebeiträge quotiert gezogen. Es reden in der Reihenfolge ihrer Nennung Karin Guder, Uwe Paulsen, Julia Eberz und Andrig Goldmann.

5. Berichte

Es wird ein Bericht über die Arbeit der Landtagsfraktion von Marcus Bocklet gehalten.

Es wird ein Bericht über die Arbeit aus dem Magistrat von Elke Voitl gehalten.

Es wird Bericht über die Arbeit der GJ gehalten von Maren Wolters und von Richard Börner gehalten.

6. Anträge

Natalie Becker berichtet, dass ein Antrag gestellt wurde vom Kreisvorstand "Antisemitismus- und Awarenessbeauftragte" und ein Antrag von Petra-Carmen Weber "Grüne FfM Gegen Antisemitismus".

Der Antrag des Kreisvorstandes wird eingebracht von Nico Yazdani. Natalie Becker fragt, ob es eine Gegenrede oder ein Redebeitrag zu dem Antrag gibt. Es wird keine gemeldet. Der Antrag "Antisemitismus- und Awarenessbeauftragte" wird einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt.

Katharina Meixner erläutert, dass es zu dem Antrag von Petra-Carmen Weber vier Änderungsanträge gestellt wurden und mit der Antragstellerin sich bei dem Antrag von Ingrid Peikert auf eine modifizierte Übernahme geeinigt wurde und der Antrag vom Kreisvorstand übernommen wurde. Dagegen werden die Anträge von Jürgen Heßler und Nicole Lauterwald zur Abstimmung gestellt.

Petra-Carmen Weber stellt den so modifizierten Antrag vor.

Natalie Becker teilt mit, dass der Änderungsantrag Ä1 von Jürgen Heßler gestellt wurde. Der Antragsteller ist nicht anwesend. Natalie Becker fragt, ob jemand den Antrag einbringen möchte. Es meldet sich keiner. Natalie Becker fragt, ob jemand die Gegenrede halten möchte. Moritz Jungeblodt hält die Gegenrede. Der Änderungsantrag Ä1 wird abgestimmt. Der Änderungsantrag Ä1 wird mehrheitlich abgelehnt.

Natalie Becker teilt mit, dass der Änderungsantrag Ä3 von Nicole Lauterwald gestellt wurde.

7. Verschiedenes

Natalie Becker bedankt sich bei den Mitgliedern, die ehrenamtlich bei der KMV unterstützt haben und bei der Versammlung. Die KMV endet um 16:30.

A1 Antrag Tagesordnung

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 1.1 Beschluss der Tagesordnung

Antragstext

- 1 1. Formalia
- 2 1.1 Beschluss der Tagesordnung
- 3 1.2 Beschluss des Protokolls vom 9.9.2023
- 4 2. Verabschiedung Haushalt 2024
- 5 3. Neubesetzung des Dezernats Klima, Umwelt und Frauen
- 6 3.1 Bericht und Empfehlung der Findungskommission für die Nominierung durch die
- 7 Kreismitgliederversammlung
- 8 3.2 Vorstellung der grünen Kandidatin für das Amt der Dezernentin
- 9 3.3 Beschlussfassung über die Empfehlung der Findungskommission
- 10 4. Städtische Bühnen /Aussprache
- 11 5. Berichte
- 12 6. Anträge
- 13 7. Verschiedenes

Begründung

Erfolgt mündlich

H1 Haushaltsplan 2024 Kreisverband

Antragsteller*in: Sebastian Deckwarth für den Kreisvorstand
(Kreisschatzmeister/Kreisvorstand)
Tagesordnungspunkt: 2. Verabschiedung Haushalt 2024

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung beschließt den Haushalt 2024 für den Kreisverband
- 2 Frankfurt am Main von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und nimmt die mittelfristige
- 3 Finanzplanung zur Kenntnis.

Begründung

Details sind dem Haushaltsplan zu entnehmen, wie er auf Antragsgrün hochgeladen ist (PDF). Erläuterungen erfolgen mündlich auf der Versammlung.

H2 Anpassung der Finanzordnung (Regelung der Nachtragshaushaltspflicht)

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2. Verabschiedung Haushalt 2024

Antragstext

1 Paragraf 3, Punkt 5, der Finanzordnung des Frankfurter Kreisverbands von BÜNDNIS
2 90/DIE GRÜNEN ist wie folgt zu ergänzen:

3 „Zuvor ist er gem. Punkt 3 zu beraten. Gleiches gilt im entsprechenden
4 Verhältnis für Mindereinnahmen, die nicht durch Minderausgaben ausgeglichen
5 sind.“

6 Im selben Paragrafen und Punkt ist der im ersten Satz genannte
7 Überschreitungswert von 10% auf 5% zu senken.

Begründung

Die Anpassungen entsprechen ähnlichen Regelungen auf Landesebene und stärken eine ausgeglichene Haushaltsführung. Mit ihnen fließen Erkenntnisse aus dem Haushaltsjahr 2023 ein. Die Anpassung vervollständigt die Neufassung unserer Finanzordnung im Jahr 2022.

A3 Antisemitismus- und Awarenessbeauftragte

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

1 Die Kreismitgliederversammlung beschließt, dass zwei Antisemitismus-Beauftragte
2 und zwei Awareness-Beauftragte, die paritätisch von der KMV auf zwei Jahre zu
3 wählen sind, eingeführt werden. Sie arbeiten mit den bereits existierenden
4 Sexismus-beauftragten und Diskriminierungsbeauftragten in einem Anti-
5 Diskriminierungsteam zusammen.

6
7 Die Antisemitismusbeauftragten stehen den Parteimitgliedern und
8 Mitarbeiter*innen bei antisemitischen Sprüchen, Belästigungen und allen Fragen
9 rund um Antisemitismus zur Verfügung und entwickeln gemeinsame mit dem
10 Kreisvorstand Instrumente zur Bekämpfung von Antisemitismus.

11 Die Awareness-beauftragten dienen bei Veranstaltungen als vertrauliche
12 Anlaufstelle und entwickeln mit Kreisvorstand Awareness-Konzepte weiter, die
13 dazu beitragen, dass die Partei sensibler in der Wahrnehmung von Ausgrenzung,
14 Abwertung, Marginalisierung und Diskriminierung wird. Die Rolle der
15 Sexismusbeauftragten im Frauenstatut wird nicht berührt. Die
16 Diskriminierungsbeauftragten sind weiterhin zuständig für die anderen Formen der
17 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

18 Das Anti-Diskriminierungsteam tagt gemeinsam, kann eigene Konzepte entwickeln,
19 bietet gegenseitige Beratung und Supervision an und achtet besonders auf
20 intersektionale Diskriminierung. Das Anti-Diskriminierungsteam kann bei
21 mehrheitlichem Beschluss unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen. Der
22 Kreisvorstand ist zu Sitzungen des Anti-Diskriminierungsteam einzuladen.

23 Die Beauftragten im Anti-Diskriminierungsteam sind Ansprechpartner*innen für
24 Betroffene von Diskriminierung. Dazu werden sie zur Verschwiegenheit und
25 Datenschutz verpflichtet. Sie beraten den Kreisvorstand, die Stadtteilgruppen,
26 die Vielfaltskommission und die Arbeitsgruppen. Sie wirken an der
27 innerparteilichen Bildungsarbeit und Empowerment-Projekten mit und initiieren
28 diese eigenständig, wie auch Projekte zu Prävention und Aufklärung von
29 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Veranstaltungen sind dem Kreisvorstand
30 vorzustellen. Sie kommunizieren mit anderen Ebenen der Grünen zu den Themen
31 Diskriminierung und Vielfalt. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten stimmt das
32 Anti-Diskriminierungsteam mit dem Kreisvorstand ab.

33 Dem Anti-Diskriminierungsteam und den Beauftragten stehen die Räumlichkeiten der
34 KGS zur Verfügung. Sie bekommen eine Grüne Mail-Adresse. Sie erhalten im Rahmen
35 der Haushaltsplanung finanzielle Unterstützung für externe Schulungen

Begründung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt repräsentieren eine vielfältige Gesellschaft, die sich ebenso in unsere Partei geschützt wiederfinden und mitwirken soll und gleichzeitig sind wir Teil eines langfristigen und selbstkritischen Lernprozesses über Diskriminierung, indem wir uns kontinuierlich weiterentwickeln. Das Anti-Diskriminierungsteam hat zum Ziel, dass wir miteinander Politik in einem inklusiven, offenen und freien Raum gestalten. Wir erleben leider gleichzeitig ein Kontinuum und einen Anstieg von Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Die Bekämpfung hiervon sehen wir als unseren besonderen Auftrag an. Dafür wollen wir dauerhafte Strukturen schaffen. Somit wollen wir in einer Phase, in der gruppenspezifische Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus an vielen Stellen unserer Gesellschaft zu Tage treten, deutlich machen, dass wir uneingeschränkt für Menschenrechte Toleranz, Respekt und Vielfalt stehen.

A4 Grüne FfM gegen Antisemitismus

Antragsteller*in: Petra-Carmen Weber

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

1 Wir positionieren uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt gegen jeden
2 Antisemitismus und bekennen uns zum Existenzrecht Israels. Dabei ist
3 Antizionismus nur ein neuer Name bzw. eine moderne Form des Antisemitismus. Der
4 Zionismus spiegelte den Wunsch vieler Jüdinnen und Juden wider nach den 2000
5 Jahren in der Diaspora, die geprägt war von Diskriminierung, Entrechtung,
6 Verfolgung und Ermordung, in der Region ihrer Vorfahr* innen eine sichere
7 Heimstätte zu bilden.

8 Aus dem Grundsatz folgt: Wir kooperieren als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt
9 nicht mit Organisationen und Gruppierungen, die diese Grundsätze in Frage
10 stellen bzw. ablehnen und bekämpfen. Wir rufen alle Menschen in Frankfurt dazu
11 auf, gemeinsam und solidarisch an der Seite unserer jüdischen Freundinnen und
12 Freunde zu stehen. Wer Hass auf Israel oder Jüdinnen und Juden säht, soll die
13 ganze Härte des Rechtsstaats zu spüren bekommen. Wir werden in unserer Stadt
14 immer die offene, vielfältige Gesellschaft verteidigen. Es ist unsere
15 Verantwortung, allen entgegenzutreten, die sich auf die Seite des Terrors und
16 der Menschenfeindlichkeit stellen. Es ist unsere Verantwortung, gegen Israel-
17 Hass und Antisemitismus vorzugehen. Nie wieder ist jetzt!

18 In der Stadtpolitik setzen wir uns dafür ein, dass auf allen Ebenen und in allen
19 Prozessen diese Grundsätze gelten, wie in der Zusammenarbeit mit der
20 Zivilgesellschaft. Wir unterstützen die Stadt Frankfurt dabei, dass alle
21 rechtlichen Rahmenbedingungen ausgeschöpft werden, dass städtische, und
22 öffentliche Plätze etc. nicht zu antisemitischen Hassproklamationen missbraucht
23 werden

24 Wir setzen uns dafür ein, dass das „islamische Zentrum“ in Frankfurt geschlossen
25 wird. In Zusammenarbeit mit dem Bundesnachrichtendienst soll sichergestellt
26 werden, dass Antisemiten aus anderen Ländern der Welt sich nicht in Frankfurt
27 neu organisieren oder diese Stadt zur Rekrutierung nutzen können. In
28 Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz müssen Konzepte gegen Personenkreise
29 entwickelt werden, die bereits dauerhaft hier leben und antisemitisch agitieren.
30 Der Schutz und das Leben der jüdischen Gemeinde hat absolute Priorität in der

31 Sicherheitspolitik. Es gibt keinerlei Toleranz und falsches Verständnis
32 gegenüber antisemitischen Straftaten und Straftäter*innen gleich und unabhängig
33 von jeglichen Eigenheiten wie Herkunft oder Religion, etc. Hingegen setzen wir
34 uns dafür ein, dass zielgruppenspezifisch in die Milieus geschaut wird, um mit
35 Aufklärungskampagnen gegen antisemitische Stereotypen und Narrative zu arbeiten.
36 Hierzu müssen Kommunal-, Landes- und Bundesebene effektiv zusammenarbeiten. Hier
37 begrüßen wir, dass 2022 unter Grüner Regierungspolitik eine „Meldestelle gegen
38 Antisemitismus“ geschaffen wurde. Die Präventionsarbeit des RIAS und des
39 Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus sollen dabei
40 stark eingebunden und unterstützt werden. Dabei soll auch evaluiert werden,
41 welche Medien mit extremistischen Inhalten Menschen in Deutschland zum Ziel
42 haben, die aufgrund der Sprachbarrieren der Mehrheitsgesellschaft häufig nicht
43 erkannt werden.

44 Gleichzeitig muss dies auch in Kooperation mit den Jugendeinrichtungen und
45 Sportvereinigungen passieren. Der Bericht der Recherche- und Informationsstelle
46 Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) muss auch jährlich für Frankfurt ausgewertet
47 werden, wie sich antisemitische Straftaten und wie sich Einstellungen entwickelt
48 haben und darauf basierend Handlungsempfehlungen angepasst und weiterentwickelt
49 werden,

50 Die Städtepartnerschaft mit Tel-Aviv soll ausgebaut und Programme zum
51 gemeinsamen Austausch etc. entwickelt werden. Hingegen müssen die
52 Städtepartnerschaften mit Kairo und Dubai auf den Prüfstand gestellt werden, da
53 diese sich nicht in Demokratien befinden und nicht demokratisch regiert werden
54 und diese zudem das Existenzrecht Israels nicht anerkennen. Allerdings stellen
55 wir uns gegen eine Agitation, die Muslime allein als Schuldige für
56 Antisemitismus ausmacht, um damit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu
57 legitimieren. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stehen in
58 gleichem Masse gegen die grünen Wertvorstellungen und werden gleichermaßen
59 abgelehnt und bekämpft.

60 Wir lehnen Antisemitismus überall ab, das heißt nicht nur den stark ausgeprägten
61 Antisemitismus in der rechtsextremen Szene und in der islamistischen Szene,
62 sondern auch den, der in der linksextremen Szene häufig vorkommt, oder sich als
63 „Friedensbewegung“ verkleidet. Es ist uns bewusst, dass Antisemitismus in allen
64 Teilen der Gesellschaft vorkommt – auch im linkspolitischen Spektrum, z.B.
65 getarnt als Kampf gegen den Imperialismus oder Kolonialismus. Antisemitismus
66 muss in allen seinen Erscheinungsformen gleichermaßen bearbeitet und erkannt
67 werden: ob sekundär, israelbezogen, verschwörungstheoretisch oder sonst wie:
68 Antisemitismus bleibt Antisemitismus. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt zeigen
69 wir, dass Antisemitismus auch im linkspolitischen Spektrum keinen Platz hat.

70 Dazu arbeiten wir auch an unserer eigenen Geschichte selbstkritisch, um damit
71 auch ein Vorreiter*innen-Rolle zu spielen. Dazu fordern wir den Bundesverband

72 auf, wie zur Pädophilie-Debatte, die Geschichte des Antisemitismus in den 70ern
73 und 80ern der Grünen Bewegung extern und unabhängig aufarbeiten zu lassen. Auch
74 müssen Anlaufstellen für gegebenenfalls Betroffene geschaffen werden. Zusammen
75 mit künftigen Antisemitismus-Beauftragten im Kreisverband setzen wir uns dafür
76 ein, für strukturelle Bildungsarbeit im Kreisverband, insbesondere um auch den
77 latenten und strukturell schwer fassbaren Antisemitismus erkennbar zu machen.
78 Wir wünschen uns, dass bei den Grünen deutschlandweit Anti -
79 Diskriminierungsstrukturen aufgebaut werden, die sich insbesondere auch mit
80 Antisemitismus befassen.

Ä1 zu Grüne FfM gegen Antisemitismus

Antragsteller*innen Jürgen Heßler (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 50 bis 55 einfügen:

Die Städtepartnerschaft mit Tel-Aviv soll ausgebaut und Programme zum gemeinsamen Austausch etc. entwickelt werden. Dies könnte auch in der neu gegründeten AG Europa des KV Frankfurt entwickelt werden und mit den Grünen nahen Parteien in Tel Aviv Kontakt aufgenommen werden. Hingegen müssen die Städtepartnerschaften mit Kairo und Dubai auf den Prüfstand gestellt werden, da diese sich nicht in Demokratien befinden und nicht demokratisch regiert werden und diese zudem das Existenzrecht Israels nicht anerkennen. Dies sollte nicht dazu führen, dass die Städtepartnerschaften zu Kairo oder Dubai beendet oder reduziert werden. Dies ist wichtig, um Gesprächskanäle offen zu halten. Allerdings stellen wir uns gegen eine Agitation, die Muslime allein als Schuldige für

Begründung

Mündlich in der Diskussion mit Mitgliedern der AG Europa. Die AG Europa, insbesondere die Koordinator:innen haben bereits Erfahrung bei der Entwicklung und erfolgreicher Pflege von Partnerschaften mit Lyon, Mailand und zuletzt Krakau.

Ä2 zu Grüne FfM gegen Antisemitismus

Antragsteller*innen Ingrid Peikert (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 60 bis 70:

~~Wir lehnen Antisemitismus überall ab, das heißt nicht nur den stark ausgeprägten Antisemitismus in der rechtsextremen Szene und in der islamistischen Szene, sondern auch den, der in der linksextremen Szene häufig vorkommt, oder sich als „Friedensbewegung“ verkleidet. Es ist uns bewusst, dass Antisemitismus in allen Teilen der Gesellschaft vorkommt – auch im linkspolitischen Spektrum, z.B. getarnt als Kampf gegen den Imperialismus oder Kolonialismus. Antisemitismus muss in allen seinen Erscheinungsformen gleichermaßen bearbeitet und erkannt werden: ob sekundär, israelbezogen, verschwörungstheoretisch oder sonst wie: Antisemitismus bleibt Antisemitismus. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt zeigen wir, dass Antisemitismus auch im linkspolitischen Spektrum keinen Platz hat.~~

~~""
—~~

Wir lehnen Antisemitismus überall ab, das heißt nicht nur den stark ausgeprägtesten Antisemitismus in der rechtsextremen Szene und in der islamistischen Szene, sondern auch den, der in der linksextremen Szene häufig vorkommt, oder als „Friedensbewegung“ auftritt. Es ist uns bewusst, dass Antisemitismus in allen Teilen der Gesellschaft vorkommt – auch im linkspolitischen Spektrum, z.B. dem proklamierten Selbstverständnis nach als Kampf gegen den Imperialismus oder Kolonialismus. Hier sind wir als Partei besonders gefragt, denn auch wir wollen Imperialismus und Kolonialismus und die sie legitimierenden Denkstrukturen überwinden.

Deshalb ist es besonders wichtig, in welchen Kategorien und Begriffen wir sprechen. Erhellend und treffend die gewählten Begriffe und Kategorien die zweifellos komplexen historischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge oder verstellen sie uns den Blick auf bedeutsame Differenzierungen? Dies sollte unsere Leitfrage für den von uns gewünschten und gesuchten Debattenraum mit sich postkolonialistisch verstehenden „israellkritischen“ Positionierungen sein.

Die Bereitschaft zu Einfühlung in das Leid aller Betroffenen hilft und Wissen hilft ebenso.

Von beidem brauchen wir mehr und wir können als KV zu mehr Empathie und Wissen beitragen, indem wir parteiintern und in der Frankfurter Öffentlichkeit die Initiative ergreifen, uns intensiver als bisher der Konflikthaftigkeit unterschiedlicher Positionen zu stellen und dennoch das Gespräch mit klarem Kompass gegen Antisemitismus zu suchen.

Begründung

mündlich

Ä2 Modifizierte Übernahme zu Grüne FfM gegen Antisemitismus

Antragsteller*innen

Kreisvorstand

Antragstext

Von Zeile 60 bis 70:

~~Wir lehnen Antisemitismus überall ab, das heißt nicht nur den stark ausgeprägten Antisemitismus in der rechtsextremen Szene und in der islamistischen Szene, sondern auch den, der in der linksextremen Szene häufig vorkommt, oder sich als „Friedensbewegung“ verkleidet. Es ist uns bewusst, dass Antisemitismus in allen Teilen der Gesellschaft vorkommt — auch im linkspolitischen Spektrum, z.B. getarnt als Kampf gegen den Imperialismus oder Kolonialismus. Antisemitismus muss in allen seinen Erscheinungsformen gleichermaßen bearbeitet und erkannt werden: ob sekundär, israelbezogen, verschwörungstheoretisch oder sonst wie: Antisemitismus bleibt Antisemitismus. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt zeigen wir, dass Antisemitismus auch im linkspolitischen Spektrum keinen Platz hat.~~

~~""
—~~

Wir lehnen Antisemitismus überall ab, das heißt nicht nur den stark ausgeprägten Antisemitismus in der rechtsextremen Szene und in der islamistischen Szene, sondern auch den, der in der linksextremen Szene häufig vorkommt, oder täuschend als „Friedensbewegung“ getarnt auftritt.

Es ist uns bewusst, dass Antisemitismus in allen Teilen der Gesellschaft vorkommt. Als Teil des links-politischen Spektrum sprechen wir daher auch dieses an. Die Grünen sind auch aus dem Einsatz gegen Imperialismus und Kolonialismus entstanden. Wir sind heute noch eine Partei, die sich sowohl bewusst mit den Folgen und Kontinuitäten dieses Unrechts beschäftigt, wie auch die zugrundeliegenden Denkstrukturen in Politik und Gesellschaft überwinden will. In Bezug auf Israel ist eine solche sich als postkolonial bzw. israelkritisch verstehende Positionierung irreführend und kann zu Antisemitismus beitragen. Wir sind eine Partei, die Empathie mit dem Leid aller Betroffenen zeigt und für die Verständigung von Konfliktparteien eintritt. In diesem Debattenraum mit unterschiedlichen Positionen und Perspektiven treten wir mit einem Kompass ein, der Antisemitismus und jede Form von Menschenfeindlichkeit zu

überwinden sucht, um einen nachhaltigen Frieden zu schaffen.“

Begründung

mündlich

Ä3 zu Grüne FfM gegen Antisemitismus

Antragsteller*innen Nicole Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 1 bis 5:

Wir positionieren uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt gegen jeden Antisemitismus und bekennen uns zum Existenzrecht Israels. ~~Dabei ist Antizionismus nur ein neuer Name bzw. eine moderne Form des Antisemitismus. Der Zionismus spiegelte~~ Antisemitismus existiert in verschiedenen Formen und Facetten von Jüd*innenfeindlichkeit und reicht bis in die Antike und zu den Anfängen des Christentums zurück.

Der Zionismus spiegelte seit dem 19. Jahrhundert den Wunsch vieler Jüdinnen und Juden wider nach den 2000 Jahren in der Diaspora, die geprägt war von Diskriminierung, Entrechtung,

Begründung

erfolgt mündlich

Ä4 zu Grüne FfM gegen Antisemitismus

Antragsteller*innen

Kreisvorstand

Antragstext

Von Zeile 70 bis 77:

Dazu arbeiten wir ~~auch~~ebenso an unserer eigenen Geschichte selbstkritisch, ~~um damit~~ ~~auch ein Vorreiter*innen-Rolle zu spielen~~ denn Veränderung beginnt immer zuerst bei uns selbst. Dazu ~~fordern~~regen wir ~~den~~auch beim Bundesverband aufan, wie zur Pädophilie-Debatte, antisemitische Tendenzen, die ~~Geschichte des Antisemitismus~~es insbesondere in den ~~70ern und 80ern~~Anfangsjahren der Grünen ~~Bewegung extern und unabhängig~~ ~~aufarbeiten zu lassen~~neben klarer Haltung auch gegeben hat. Auch müssen Anlaufstellen für gegebenenfalls Betroffene geschaffen werden. Zusammen mit künftigen Antisemitismus-Beauftragten im Kreisverband setzen wir uns dafür ein, für strukturelle ~~Bildungsarbeit~~Meinungsbildung im Kreisverband, insbesondere um auch den latenten und strukturell schwer fassbaren Antisemitismus erkennbar zu machen.

Begründung

erfolgt mündlich

A5 Votenvergabe des Kreisverbandes

Antragsteller*innen: Robert Schuppan Marcus Bocklet Nilab
Alokuzay-Kiesinger
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Begründung der Dringlichkeit

Am 27. Januar 2024 findet der nächste Landesparteitag statt, bei welchem Turnusgemäß der Landesvorstand neu gewählt wird.

In der Vergangenheit hat die Kreismitgliederversammlung hierfür immer ein Votum für eine/n Kandidaten/Kandidatin ausgesprochen. Bevor dies durch die Kreismitgliederversammlung oder den Kreisvorstand für die Landesvorstandswahl im Januar geschieht, sollte allerdings der Charakter dieser Voten geklärt werden.

Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund notwendig, da es bei der Bundesdelegiertenkonferenz entsprechend Vorfälle gab, welche eine Diskussion über diese Frage unerlässlich machen.

Antragstext

1 Die Kreismitgliederversammlung möge alternativ beschließen:

2
3 1. Der Kreisverband von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Frankfurt sieht zukünftig davon
4 ab unterstützende Voten für Kandidierende zu vergeben.

5
6 oder

7
8 2. Der Kreisverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frankfurt empfiehlt seinen
9 Mitgliedern bei
10 der Aufstellung von Wahllisten die Voten von Basisgremien für Kandidierende zu
11 respektieren.

Inhaltliche Begründung

Zu 1. Jedes Mitglied der Grünen hat das Recht bei der Aufstellung von Wahllisten für parlamentarischen Wahlen zu kandidieren. Dabei darf dies das Mitglied unabhängig von unterstützenden Voten. Voten sind deshalb unnötig, und der KV Frankfurt sieht davon zukünftig ab.

Zu 2. Bei Listenaufstellungen benötigt der/die Kandidierende Unterstützung, um in einem Wahlgang eine

Mehrheit zu erhalten. Besonders wichtig kann dies für Frankfurt*innen sein, etwa auf Landesebene für eine Landesliste zur Landtags- oder Bundestagswahl. Oder eine hessische Kandidierende auf Bundesebene für eine Europaliste. In allen Fällen kann ein „Votum“ abgegeben werden.

Dies bedeutet, dass der entsendende Kreis- oder Landesverband sich in einer transparenten „Vorwahl“ für eine Person ausgesprochen hat, und folgerichtig gleichzeitig darum bittet, dass andere Personen nicht vor der Votenträgerin ins Wahlrennen startet, um deren/dessen Chancen nicht zu reduzieren, wie dies in der jüngsten Vergangenheit geschah.

Zumindest bei der „Erstkandidatur“ wird von Frankfurter Mitgliedern erwartet, dass der/die Votenträger*in unterstützt wird.

Haushalt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt am Main 2024 mit mittelfristiger Finanzplanung

Liebe Freundinnen und Freunde,

in unsere Finanzplanung für das kommende Jahr – wie in die mittelfristige Planung bis 2028 – sind sowohl die Erfahrungen aus dem intensiven Jahr 2023 eingeflossen als auch neuerliche Beschlüsse. Die Zahlen sind folglich unter geänderten Vorzeichen angelegt worden: So haben wir die Kosten für die kommenden Wahlkämpfe nach oben korrigiert und die beschlossenen Aufwandsentschädigungen für die geschäftsführenden Vorstände eingerechnet. Im Rahmen des Personalbudgets ist 2024 eine Gehaltssteigerung sowie die Auszahlung einer Inflationsausgleichsprämie berücksichtigt. Dem stehen u.a. steigende Einnahmen durch Mitglieds- und Mandatsträger*innenabgaben gegenüber – die Folge einer systematischeren nachhaltigen Ansprache bei den Nichtzahler*innen, die sich auch 2024 fortsetzen wird. Vorsichtig mit einkalkuliert sind Änderungen bei den Mieteinnahmen und -ausgaben; die sinkende Zahl an Untervermietungen an Abgeordnete und der mögliche Umzug unserer Kreisgeschäftsstelle bringen die Beträge in Bewegung. Mit dem abermals steigenden Budget für Veranstaltungen berücksichtigen wir einmal mehr die allgemeinen Kostensteigerungen; sie spiegeln zugleich den starken Diskussionsbedarfs innerhalb unserer Partei und vor allem seitens der Bürger*innen wider, auch und gerade außerhalb der Wahlkampfzeiten.

Wir werden auf der KMV den Haushalt 2024 beschließen, die Jahre 2025 bis 2028 sind eine grobe Indikation, zu der unsere Satzung uns richtigerweise verpflichtet. Die Seitwärtsbewegung beim Vermögen ist „konservativ“ berechnet, ein vielleicht erwartbares Plus bei den staatlichen Mitteln durch Reformen der Parteienfinanzierung bieten eine gewisse unsichtbare Absicherung. Noch ein ungeplanter Wahlkampf würde uns wiederum herausfordern. Ergo: Die kommenden Jahre benötigen mit all dem genannten eine aktive unterjährige Steuerung unserer Einnahmen und Ausgaben – und dafür die enge Zusammenarbeit der geschäftsführenden Verantwortlichen in Vorstand und Kreisgeschäftsstelle. Hier können wir weiter auf eine gute Teamleistung setzen, für die ich mich gerade bei unseren Angestellten herzlichen bedanken möchte.

Zu beschließen sind auf der KMV nicht zuletzt kleine Anpassungen unserer Finanzordnung (siehe Antragsgrün). Sie konkretisieren die Regelungen zur Pflicht, den Mitgliedern im Fall der Fälle einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Die Hürden dafür, dass der Vorstand vom beschlossenen Haushalt abweicht, steigt, und wir stärken Transparenz und Mitbestimmung für Euch als diejenigen, deren Finanzen wir treuhänderisch verwalten. Sowohl für den Haushalt 2024 als auch für diese Satzungsänderungen bitte ich Euch herzlich um Eure Zustimmung. Fragen beantworte ich gern und jederzeit.

Mit den besten Grüßen, für den Kreisvorstand



Sebastian Hakan Deckwarth, Schatzmeister (sebastian.deckwarth@gruene-frankfurt.de)

III. Sonstige Ausgaben	149.624	157.500	150.700	163.700	164.700	165.700	166.700	167.700
Bankgebühren	1.471	1.500	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700
Abschreibungen	1.938	5.000						
Beiträge an LV	142.284	144.000	143.000	145.000	146.000	147.000	148.000	149.000
Zuschüsse an Gliederungen	3.931	7.000	6.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
<i>Neu:</i> Rücklage				10.000 ⁶	10.000	10.000	10.000	10.000
IV. Wahlkampf	101.833	306.410	293.000	65.000	150.000	160.000		110.000
Kommunalwahl	59.853					150.000		
OB-Wahl	41.980	221.410 ⁷	195.000					
KAV-Wahl						10.000		
Landtagswahl		85.000	98.000					110.000
Bundestagswahl					150.000			
Europawahl				65.000				
C. Jahresüberschuss	67.599	-58.200	-60.661	17.887	-35.478	-70.498	38.732	-28.581
D. Reinvermögen⁸	333.757	275.557	273.096	300.983	275.505	215.007	263.738	245.157

¹ I.W. OB-Wahlkampf-Budget, korrigiert um bereits 2022 eingenommene Umsätze

² Reduziert durch geänderte Untervermietungen nach Landtagswahl

³ Inkl. Aufwandsentschädigungen geschäftsführende Vorstände sowie Gehaltssteigerungen (3%) plus Inflationsprämien für Mitarbeiter und Praktikant*in Wahlkampf

⁴ Schätzwert bzgl. möglichen KGS-Umzug Ende 2024ff. berücksichtigt

⁵ V.a. IT-/TK-Neuausrüstung und Umzugsanschaffungen

⁶ Überweisung Tagesgeldkonto oder sonstige Anlage

⁷ Budget, korrigiert um bereits 2022 ausgegebene Umsätze

⁸ Ergebnisneutrale Rücklage wieder eingerechnet